

Sehr geehrte Frau Bildungssenatorin Quante-Brandt,
im August 2014 hat der Bremer Senat den von Ihrer Behörde verfassten Wissenschaftsplan 2020 verabschiedet. Dieser soll nach eigenen Angaben stabile Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Wissenschaft im Land Bremen sichern. Seit seiner Veröffentlichung ist dieser Plan jedoch starker Kritik ausgesetzt. So werden drei der vier Bremer Hochschulen zu tiefgreifenden Einsparungen aufgefordert, wobei gleichzeitig die wirtschaftliche Verwertbarkeit sowie die nationale und internationale Sichtbarkeit der betriebenen Forschung gesteigert werden sollen. Auf Grund der lang anhaltenden strukturellen Unterfinanzierung des Hochschulsektors, zwingen die Sparvorgaben Ihrer Behörde die Hochschulen zu massiven Personaleinsparungen und Studiengangsschließungen. Die derart forcierte Profilbildung führt zu internem Konkurrenzdruck und in letzter Konsequenz zur Zuspitzung auf einige wenige Leuchtturm- und Eliteprojekte.

Der Wissenschaftsplan 2020 ist eine bewusste Entscheidung gegen ein ausdifferenziertes Studienangebot im Land Bremen, gegen soziale Durchlässigkeit und gegen die gleichberechtigte Koexistenz von Forschung und Lehre. Der Vorstellung einer freien Bildung für jede*n wirkt er diametral entgegen. Im Gegenzug steht er für eine ökonomisierte, von internem wie externem Konkurrenzkampf und prekären Beschäftigungsverhältnissen geprägte Hochschullandschaft. Die mit der Neoliberalisierung einhergehende Ökonomisierung von Bildung treibt der Wissenschaftsplan weiter voran. Diese Politik und die damit legitimierten Kürzungsvorhaben drohen, das Ideal der freien Bildung für alle noch weiter zu schwächen, und sind damit politisch abzulehnen.

Diese Entwicklungen stehen symptomatisch für die fortschreitende staatliche Unterfinanzierung und die schwache politische Lobby der Bereiche Bildung und Soziales. Selbst wenn Gelder für diese Bereiche verfügbar werden, wie beispielsweise Ende letzten Jahres bei der Übernahme der BAföG-Ausgaben durch den Bund, führt dies zu keiner Entspannung, sondern zu aufreibenden Verteilungskämpfen zwischen den ohnehin klammen Bereichen. In diesem Spannungsfeld verfestigen sich im gesamten Bildungsbereich zunehmend schlechte Arbeitsbedingungen: die Betreuungssituation in der frühkindlichen Bildung ist miserabel, im schulischen Bereich kommt es zu zahlreichen Stundenausfällen und bei vielen Lehrer*innen zu Überbelastungserscheinungen. Im Hochschulbereich wiederum sind prekäre Beschäftigungsverhältnisse und die Aufrechterhaltung des Lehrbetriebs durch Gastlektor*innen der Regelfall.

In einem solchen Umfeld werden jene, die trotz dieser Umstände Gemeinschaftssinn zeigen durch Mehrarbeit beziehungsweise durch die Nicht-Anerkennung ihres Engagements bestraft. Das Leistungs- und Konkurrenzdenken manifestiert sich damit in allen Ebenen und unter wie

zwischen allen Statusgruppen. Unter solchen Rahmenbedingungen ist das unabdingbare hohe Niveau in Lehre und Betreuung nicht zu gewährleisten.

Bildung ist ein Menschenrecht und ein zentrales Fundament unserer Gesellschaft, das einer umfassenden und abgesicherten Finanzierung bedarf. Die Verteilung der zur Verfügung stehenden Gelder ist dabei stets eine politische Entscheidung. Bildung ermöglicht die Teilhabe am politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben und damit letztlich die vielbeschworene gelebte Demokratie. Gerade in Zeiten von AfD, PEGIDA und Co ist es unabdingbar Politisierungsprozesse anzustoßen, mittels derer die Bereitschaft forciert wird, sich u.a. mit den rechtspopulistischen, rassistischen und sexistischen Ideen innerhalb unserer Gesellschaft auseinanderzusetzen und aktiv dagegen vorzugehen. Bildung muss für alle kostenlos zugänglich sein bzw. es endlich werden.

Daher fordern wir, vor allem in Hinblick auf den anstehenden Wahlkampf:

1. Eine grundlegende Überarbeitung des Wissenschaftsplans 2020, orientiert an gesellschaftlicher Verantwortung und ohne den Gedanken einer mit der Profilbildung verbundenen Eliteförderung.
2. Die Rücknahme der aktuellen Kürzungsauflagen im Hochschulbereich sowie die Ausfinanzierung der wichtigsten Standbeine einer Gesellschaft: Bildung und Soziales.
 - Die Umverteilung der Gelder (z. B. der Rhein-Metall-Strafzahlungen, der Millionen, die in die private Jacobs-University fließen, die erhöhten Steuereinnahmen durch sich selbstanzeigenden Steuersünder*innen) zugunsten des Bildungs- und Sozialsektors.
 - Das Hinwirken der Landesregierung auf eine stärkere finanzielle Beteiligung des Bundes in den beiden genannten Bereichen.

Unterzeichnerinnen und Unterzeichner: